



Kai Gehring
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede zum Antrag – Kooperationsverbot kippen

von Kai Gehring MdB im Plenum des Deutschen Bundestages am
10.10.2014

Berlin, 10.10.2014

Kai Gehring, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Raum: 2054
Telefon: +49 30 227-74501
Fax: +49 30 227-76642
kai.gehring@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kai Gehring MdB
Kopstadtplatz 13
45127 Essen
Telefon: +49 201-2698-200
Fax: +49 201-2698-249
kai.gehring.wk@bundestag.de

Sprecher für Hochschul-, Wissen-
schafts- und Forschungspolitik

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Die Große Koalition vergibt mit ihrer Vorlage heute
die historische Chance, aus einer Verbotsverfassung
eine Ermöglichungsverfassung für bessere Wissen-
schaft *und* Bildung zu machen.

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie
des Abg. Stefan Liebich [DIE LINKE])*

Die GroKo hat 2006 gegen grünen Widerstand das
Problem „Kooperationsverbot“ in die Verfassung ge-
schrieben. 2014 will sie es nur zur Hälfte lösen. Mehr
Kooperation in der Wissenschaft, das ist gut. Bildung
bleibt leider außen vor, das ist schlecht. Sie machen
damit nur halbe Sachen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gute Hochschulen stehen immer auf dem Funda-
ment guter Kitas und Schulen. Es bleibt schlichtweg
nicht nachvollziehbar, dass wichtige bildungspoliti-
sche Impulse und Verbesserungen wie eine neue Bund-
Länder-Ganztagsschulinitiative ausgeschlossen blei-
ben sollen. Das wollen wir mit unserem Antrag ändern.



Als Irrweg hat die SPD im Bundestagswahlkampf das Kooperationsverbot bezeichnet – das stimmt –; heute verteidigen und kritisieren Sie den Koalitionskompromiss zugleich. Ich sage: Liebe CDU/CSU, als guter Koalitionspartner sollten Sie die SPD erlösen. Geben Sie als Union im Bund und in den Ländern den Widerstand gegen mehr Kooperation in der Bildung auf! Sonst ist das 7-Prozent-Ziel nicht zu schaffen.

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie
des Abg. Stefan Liebich [DIE LINKE])*

Eine Grundgesetzänderung muss guten Lösungen den Weg bereiten. Ich sage: Ja, der Vorschlag von Ministerin Wanka ist für die Wissenschaft besser als der alte Vorschlag von Ministerin Schavan.

*(Beifall der Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann
[SPD] und René Röspel [SPD])*

Aber das geplante Einstimmigkeitsprinzip, wonach alle 16 Länder zustimmen müssen, steht einer neuen Kooperationskultur entgegen.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Nein!)

Statt Blockade und Vetomöglichkeiten in unser Grundgesetz zu schreiben, sollten die Verfahrensregeln der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz überlassen bleiben. Es wäre falsch, mit dem Einstimmigkeitsprinzip innovative Entscheidungen zu verzögern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Hochschulen und Forschungseinrichtungen brauchen neue, dauerhafte und gemeinschaftliche Wege in der Finanzierung – dazu sind hier schon viele Beispiele genannt worden –, sonst platzen die Universitäten und Fachhochschulen aus allen Nähten. Denn auch in den nächsten Jahren und im nächsten Jahrzehnt hält der Studierendenboom an.

Die zeitlich befristeten Wissenschaftspakte – Hochschulpakt, Pakt für Forschung und Innovation, Exzellenzinitiative; auch der Qualitätspakt Lehre – schaffen eben keine *dauerhafte* Finanzierungs- und Planungssicherheit, vor allem nicht für das wissenschaftliche Personal, das endlich gute Karrierewege statt Befristungsunwesen braucht. Es bedarf in unserem Land einer Offensive für wissenschaftlichen Nachwuchs und planbare Wissenschaftskarrieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider fehlt der Großen Koalition die gemeinsame Idee, was sie denn überhaupt mit den neuen Kooperationsmöglichkeiten in der Wissenschaft anfangen will. Weder für Spitzenforschung mit internationaler Strahlkraft noch für regionale Strukturpolitik, also weder für Spitze noch für Breite, haben Sie zusätzliches Geld zur Verfügung. Bildlich gesprochen: Frau Wanka kriegt zum 1. Januar 2015 ein neues Rennrad, aber Herr Schäuble schließt es im Fahrradkeller ein.

(Albert Rupprecht [CDU/CSU]: Stimmt doch überhaupt nicht! Sie haben keine Ahnung von den Zahlen!)



Von Kooperation, die auf dem Papier steht, hat niemand etwas, nicht die Studierenden, nicht die Wissenschaftler und auch nicht die Hochschulen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Rosemarie Hein [DIE LINKE])

Wir wollen, dass der Bund dauerhaft Forschung und Lehre an Hochschulen mit unterstützen und verbessern kann. Daher ist eine Öffnung der Verfassung für Wissenschaft überfällig.

Die Beratung der Verfassungsänderung ist mit dieser Debatte in die entscheidende Phase getreten. Wir Grünen im Bundestag reichen der Großen Koalition die Hand. An uns scheitert ein großer Wurf nicht. Denn zusammen können wir aus der Verbotssverfassung endlich eine Ermöglichungsverfassung machen, die einer Bildungsrepublik einen klugen Rahmen setzt. Der Artikel 91 b kann mehr.

Gesellschaftlich herbeigesehnt werden die vollständige Aufhebung des Kooperationsverbots und eine tiefgreifende Modernisierung unseres Bildungsföderalismus jedenfalls schon lange. Deshalb sollten wir das auch tun. Unsere Geduld ist am Ende. Wir wollen mehr Fortschritt für Bildung und Wissenschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)